



Historisch: Rot-grün stellt auch für die nächsten vier Jahre die Regierungsmehrheit.

KANTONALE WAHLEN

Bestätigung und Stagnation

Während bei der Regierungsratswahl mit dem dritten Sieg in Folge die rot-grüne Mehrheit bestätigt wurde, stagniert die SP in den Grossratswahlen auf einem historischen Tief. Trotz schmerzhafter bürgerlicher Abbaupolitik ist es uns offenbar nicht gelungen, die Wahlbevölkerung für einen sozialeren und ökologischeren Kanton an die Urne zu bringen.

Eine wiederholte Bestätigung einer Regierungsmehrheit von SP und Grünen gab es in der Schweizer Geschichte noch nie. Aus dieser Perspektive ist das Ergebnis der Regierungsratswahlen ein historischer Erfolg. Dies umso mehr, als dass die Bürgerlichen diesmal mit einem geschlossenen Viererticket antraten und grosse Mittel in die Kampagne investierten. Das Abschneiden der rot-grünen Regierungsmehrheit ist auf ihren Leistungsausweis der letzten acht Jahre zurückzuführen und ist Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen SP und Grünen. Philippe Perrenoud ist mit knapp 1000 Stimmen Vorsprung im Berner Jura der legitime Vertreter der Französischsprachigen im Kanton, wie ihn unser Wahlsystem vorsieht.

Danke und weiterhin viel Kraft und Freude

Die SP gratuliert Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Andreas Rickenbacher und Bernhard Pulver zu ihrer Wiederwahl und wünscht ihnen weiterhin viel Kraft und Freude im Amt. Der Kanton braucht auch in Zukunft eine verlässliche, nachhaltige und weitsichtige Regierungspolitik. Die rot-grünen Regierungsmitglieder werden sich mit voller Kraft für mehr Arbeitsplätze, eine saubere Umwelt, eine gute Gesundheitsversorgung und eine starke Bildung einsetzen.

Zeiten für Ältere, Kranke und die Bildung bleiben hart

Die klare bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat des Kantons Bern bleibt nach diesen Wahlen trotz Sitzverschiebungen bestehen. Die bürgerlichen Parteien wurden für ihre schmerzhaften Abbaumassnahmen nicht abgestraft. Dies verheisst nichts Gutes für die nächsten vier Jahre. Soziale und ökologische Anliegen werden es schwer haben. Die SP befürchtet, dass die Bürgerlichen bei Bildung und Gesundheit wie angekündigt weiter abbauen werden. Darunter wird die Berner Bevölkerung leiden, was die SP bedauert. Immerhin wurde Mitte-Links gestärkt – hier muss sich zeigen, wie sich diese Parteien nun positionieren werden.

Sitzverluste trotz Trendwende bei Wahlanteil

Die SP hat sich mit viel Herzblut für einen sozialeren und ökologischeren Kanton Bern und gegen die schmerzhaften Abbaumassnahmen eingesetzt. Mit einer frechen und zum Mitmachen anregenden Kampagne wurden neue Wege eingeschlagen. Leider wurde dieses grosse Engagement in den Wahlen zu wenig belohnt. Trotz leichter Steigerung beim WählerInnenanteil verlor die SP zwei Sitze. Die Hauptgründe des Sitzverlusts liegen beim

grossen Aderlass in der SP-Fraktion. Mehr als die Hälfte der auf Legislaturende zurücktretenden Grossratsmitglieder gehörten unserer Fraktion an. Damit wiederholt sich das Bild von 2010. Hier müssen wir in Zukunft bessere Lösungen finden, wie dies anderen Fraktionen gelingt. Im Weiteren fehlte uns diesmal das Proporzglück.

Ausgeglichene Vertretung von Frauen und Männern

Die SP trat als einzige Partei in fast allen Wahlkreisen mit Frauenlisten an. Die Resultate zeigen, dass sich dies bewährt hat. Neu sind im Grossen Rat 16 SP-Frauen und 17 SP-Männer vertreten. Damit stellt die SP eine paritätische Fraktion: ein riesiger Erfolg. Die SP fühlt sich in ihrer Politik der Gleichberechtigung bestätigt und wird diese weiterführen.

Grosser Dank an alle

Trotz der Enttäuschung über die beiden verlorenen Sitze geht ein grosser Dank an alle Wählenden, welche der SP ihre Stimme gaben, an alle Kandidierenden, die unermüdlich Wahlkampf machten, sowie an alle Helferinnen und Helfer, welche einen enormen freiwilligen Einsatz leisteten. Wir kämpfen weiter – sowieso.

SP Kanton Bern



Das AKW Mühleberg ist veraltet und genügt den elementarsten Sicherheitsanforderungen nicht mehr.



Das neue Pensionskassengesetz soll auch im Alter ein

JA ZUR INITIATIVE «MÜHLEBERG VOM NETZ»

Schluss mit dem Hochrisiko-Experiment AKW Mühleberg

Seit 1971 in Betrieb, gilt das AKW Mühleberg wegen mangelnder Erdbebensicherheit, Rissen im Kernmantel und fehlender Notkühlung als grosses Risiko. Am 18. Mai können wir über das Ende des Uraltreaktors befinden.

14 Kilometer vor Bern liegt das AKW Mühleberg. Käme es zum GAU, wären die Hauptstadt und das Mittelland direkt betroffen. Egal wie der Wind wehen würde: Sowohl die gesundheitlichen, ökologischen als auch die finanziellen Folgen wären für das ganze Land fatal. Allein der Standort hat es in sich: Die über 90 Jahre alte Staumauer des Wasserkraftwerks Mühleberg oberhalb des AKWs könnte bei einem starken Erdbeben brechen. Zur Überflutungsgefahr kommt, dass ein unabhängiges Kühlsystem fehlt. Und auch ein Flugzeugabsturz hätte un-

absehbare Folgen. Überdies ist mehr als fraglich, ob das Flickwerk aus rissigem Kernmantel und zusätzlichen Zugankern einem Ernstfall standhalten würde.

Auch Fukushima war undenkbar

Japan ist zwar weit weg. Durch die Medien erfahren wir aber bis heute, was passiert, wenn Situationen eintreffen, mit denen niemand rechnet. Die Folgen des GAUs sind verheerend: Auch nach drei Jahren fliesst immer noch radioaktives Wasser aus den Unglücksreaktoren ins Meer. Ganze Landstriche sind unbewohnbar. Dabei hatte Japan wohl Glück im Unglück: Östlich von Fukushima liegt «nur» Meer. Im Osten Mühlebergs aber liegt die Agglomeration Bern.

Dinosaurier-AKW vom Netz

Die BKW will ihr AKW 2019 vom Netz nehmen. Damit gibt sie dem jahrelangen Protest der Kritiker recht: Mühleberg rentiert nicht. Die Ankündigung der BKW ist rechtlich jedoch nicht verbindlich. Deshalb garantiert nur ein Ja zur Initiative «Mühleberg vom Netz» die rasche Abschaltung des über 40-jährigen Kraftwerk-Dinosauriers. Mühleberg vom Netz? Eigentlich logisch!

Nadine Masshardt
Nationalrätin
Co-Präsidentin WWF Kanton Bern



2 X JA ZUM NEUEN PENSIONSKASSE

Ein schmerzhafter Kompromiss

Das revidierte Pensionskassengesetz ist ein Kompromiss, den die SP gerade noch mittragen kann. Bei einer Ablehnung würde das Kantonspersonal deutlich stärker zur Kasse gebeten.

In Zeiten, in denen bürgerliche PolitikerInnen Steuergeschenke verteilen und einen Abbau bei der Bildung, der Gesundheit und im Sozialen betreiben, ist es ein Wunder, dass die Angestellten des Kantons nicht noch stärker zur Kasse gebeten werden. Aber offensichtlich beeindruckten die starken Signale der Gewerkschaften und der Personalverbände die bürgerlichen GrossrätInnen wenigstens teilweise. An der Demonstration im März 2013 nahmen 20000 Personen teil.

Vertretbare Zugeständnisse des Personals

Der Primatwechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat, ein teilweise höheres Rentenalter und

DARUM GEHT ES

Die Initiative verlangt die sofortige Ausserbetriebnahme des AKW Mühleberg. Diese ist 2011 lanciert und anfangs 2012 eingereicht worden. Die SP Kanton Bern unterstützt die Initiative als Mitglied des Vereins «Mühleberg stilllegen», einem breiten Bündnis aus politischen Parteien und Umweltorganisationen. Mehr Informationen: www.muehleberg-stilllegen.ch
Spenden: Postcheckkonto: 61-958146-7

DARUM GEHT ES

Die Revision des Pensionskassengesetzes ist notwendig geworden, weil der Bund die Auflagen massiv verschärft hat. In Zukunft müssen auch öffentliche PK im Grundsatz immer über ein ausreichendes Deckungskapital verfügen. Die SP Kanton Bern spricht sich für ein Ja zum Haupt- und zum Eventualantrag aus sowie für ein Ja zum Hauptantrag bei der Stichfrage.



Mike Frajese / pixelio.de

n sorgenfreies Leben garantieren.

ENGESSETZ

fter, aber promiss

höhere Beiträge des Kantonspersonals sind schwer zu schluckende Kröten. Aber mit diesen Zugeständnissen konnte eine gewichtige Beteiligung des Kantons an der Ausfinanzierung der beiden kantonalen Pensionskassen sichergestellt werden. Die Ausfinanzierung der PK geschieht über eine Erhöhung der Schulden in der Bilanz. Weil gleichzeitig aber auch die Aktiven des Kantons neu bewertet werden, resultiert insgesamt keine höhere Verschuldung. Die Kosten für die laufende Rechnung sind gering.

Ja zur Hauptvorlage, Ja zum Eventualantrag

Die Abstimmung vom 18. Mai ist notwendig, weil die Gesetzesänderung durch einen Eventualantrag aus dem Grossen Rat und ein bürgerliches Referendum in Frage gestellt ist. Die SP unterstützt das Gesetz und den Eventualantrag im Wissen, dass die totale Ablehnung der Revision zu Abzügen von 3,5 bis 4,5 Lohnprozenten führen würde. Das wäre für das Personal eine absolute Zumutung und würde die Stellung des Kantons als Arbeitgeber massiv verschlechtern.

Corrado Pardini
Nationalrat



Rainer Sturm / pixelio.de

Die geplante Änderung würde den Kantonshaushalt mit 17 bis 25 Millionen Franken belasten.

NEIN ZUR ÄNDERUNG DER HANDÄNDERUNGSSTEUER

Hauseigentum will sich vor Steuer drücken

Hauseigentümerverbände wollten die Handänderungssteuer ganz abschaffen. Doch auch der abgeschwächte Gegenvorschlag ist unsozial und trifft letztlich die Schwächsten.

Mit einer Volksinitiative wollten Hauseigentümerverbände im Jahr 2010 die Handänderungssteuer vollständig abschaffen. Steuerausfälle von 120 Millionen Franken wären entstanden. Der Grosse Rat verabschiedete darauf im September 2013 einen Gegenvorschlag, worauf die Initianten ihre Initiative zurückzogen. Der Gegenvorschlag will «nur» die ersten 800 000 Franken des Hauspreises von der Steuer ausnehmen und dies nur, wenn das Haus oder die Eigentumswohnung mindestens zwei Jahre durch die Käuferin oder den Käufer selbst genutzt wird. Doch auch das ist unverantwortlich und hinterliesse ein Finanzloch von 17 bis 25 Millionen Franken.

DARUM GEHT ES

Mit der Änderung des Gesetzes zur Handänderungssteuer werden beim Kauf einer Immobilie die ersten 800 000 Franken des Immobilienpreises nicht mehr besteuert. Bessergestellte werden damit begünstigt, während dem Kanton Steuerausfälle in Millionenhöhe entstehen. Die SP Kanton Bern lehnt die Vorlage ab.

Jeder Steuerabbau verursacht Abbau bei Leistungen

Damit würde Wohneigentum steuerlich weiter begünstigt. Ein Beispiel: MieterInnen zahlen ihre kaputte Duschbrause ohne Steuerabzug selber, während Hauseigentümer sogar den Ersatz der Duschbrause bei den Steuern abziehen dürfen.

Der Kanton Bern wird immer mehr zum Selbstbedienungsladen für Wohlhabende. Während unten kräftig gespart wird, indem Spitex-Personal entlassen, Krankenkassenbeiträge gestrichen, Spitäler auf dem Land geschlossen und die Volksschulklassen vergrössert werden, soll oben eine Steuer für Bessergestellte abgebaut werden. Wer Windeln kauft, zahlt 8 Prozent Mehrwertsteuer. Wer ein Haus kauft, zahlt nur 1,8 Prozent Handänderungssteuer.

Nach dem grössten Abbau im Kanton Bern aller Zeiten ist jetzt der falscheste Zeitpunkt für eine weitere Steuersenkung. Eine Steuersenkung, welche notabene nicht die Vermögenden, sondern unsere Kinder in den Schulen, Arbeitnehmende, AHV-RentnerInnen und MieterInnen durch weiteren Leistungsabbau treffen wird!

Margret Kiener Nellen
Nationalrätin/Rechtsanwältin
Bolligen BE





SPITZE FEDER

Das Geng-wie-geng-Gen

Seit fast 20 Jahren lebe ich in Bern und ich lebe gerne hier. Ich mag die Bernerinnen und habe die Berner gern. Wenn ich aber einen Wunsch frei hätte für diesen schönen Kanton, dann wünschte ich, dass alle mit etwas weniger Geng-wie-geng-Gen zur Welt kommen. Wieso muss hier immer alles beim Alten bleiben? Nur ja nichts verändern! Wo kämen wir denn hin – gerade in der Politik?

Dieser Stillstand war nicht unbedingt zum Guten für Bern. Doch jetzt kommen wir vom Regen in die Traufe. Die bestimmende Mehrheit will offenbar die Zeit nicht nur anhalten, sondern sogar zurückdrehen: Mehr Geld für die gnädigen Herren zu Bern, Rückkehr zum Almosen-System bei den Bedürftigen. Sicher kein erfolgsversprechender Weg für die heutige Gesellschaft. Deshalb traue ich mich in meiner letzten Spitze Feder zu sagen: Liebe Bernerinnen und Berner, die Welt verändert sich und Bern dreht sich mit – ob es will oder nicht. Damit der Kanton den Anschluss nicht verliert, braucht es eine starke SP, die vorausdenkt und vorwärts macht. Dafür habe ich fast sieben Jahre im Sekretariat gearbeitet. Dafür haben wir gemeinsam gekämpft. Für die tollen Erlebnisse und die schönen Erfolge danke ich allen. Für den zukünftigen Einsatz für einen fortschrittlichen, sozialen, ökologischen und weltoffenen Kanton Bern wünsche ich viel Energie und Ideen.

Da ich über kein Geng-wie-geng-Gen verfüge, ist die Zeit gekommen aufzubrechen und neue Welten zu entdecken. Ich werde ab April im Freilichtmuseum Ballenberg arbeiten und freue mich über alle, die vorbeischauen kommen. Und wer weiss, vielleicht gibt es sogar im Museum bald etwas weniger Geng-wie-geng.

Daniel Furter, Parteisekretär bis 31. März

RICHTERINNENPOOL ERNEuern

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn beim Kanton Bern vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

ABSCHIED VON DANIEL FURTER

Ein «Socialist Peak» im SP-Sekretariat



Während sechseinhalb Jahren prägte Daniel Furter als Parteisekretär die Politik der SP Kanton Bern mit. Er tat dies mit grossem Engagement, ausdauernd, ideenreich und mit hoher Fachkompetenz. Als hochpolitischer Mensch führte Daniel etliche Wahlkampagnen, sorgte für gesunde Parteifinanzen, eine transparente Kommunikation und kämpfte unerschrocken für seine Überzeugungen. Daniel lebte die SP-Werte Solidarität und Gerechtigkeit auch in seinem Alltag, er war im wahrsten Sinne des Wortes ein «Socialist Peak», wie der Berg, den er 2012 in Tansania bestieg (4562 Meter). Für Daniel stand das Wohl der Partei immer im Vordergrund, in seinem Wirken nach innen und nach aussen. Diese Qualitäten haben die SP im Kanton Bern zu dem gemacht, was sie heute ist: *Die* linke Kraft im Kanton. Danke, Daniel und viel Erfolg bei weiteren «Gipfelbesteigungen»!

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 07 80, links.be@spbe.ch
 Adressänderungen: abo@spschweiz.ch
 Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern)
 Redaktion: Oliver Lüthi
 Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 21. April 2014

STELLENANTRITT VON DAVID STAMPFLI

Die SP als Herzensangelegenheit



Seit dem 1. April ist David Stampfli neuer Geschäftsführender Parteisekretär der SP Kanton Bern und damit Nachfolger von Daniel Furter. 1982 in Bern geboren, in der Länggasse aufgewachsen und seit 2007 in der Lorraine zuhause, kennt David seine Heimat- und Herzensstadt wie seine Westentasche. Als Stadtrat und Präsident von Pro Velo Bern setzt er sich dafür ein, dass die Anliegen der Velofahrenden nicht auf der Strecke bleiben. Ab und zu fiebert er im Wankdorf mit, wenn die Young Boys nach Toren jagen. David ist Historiker und engagiert sich seit 2005 mit viel Herzblut für die SP. Der passionierte Fussballer und Aare-Schwimmer freut sich sehr auf die neue Herausforderung. Ganz wichtig sind ihm der Kontakt mit den Sektionen und der gemeinsame Einsatz für einen sozialen und ökologischen Kanton Bern! Wir heissen David herzlich willkommen und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

AGENDA

Parteitag

17. Mai 2014, 10.15 – 14.45 Uhr
 Hotel Freienhof, Thun

Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

ROTES BRETT

THEATER UND KABARETT IN LAUPEN

Das Theater «die Tonne» in Laupen hat zum Ziel, das kulturelle Leben in Laupen und Umgebung zu fördern. Auch 2014 bietet die Tonne wieder ein abwechslungsreiches Programm. Aktuelle Vorführungstermine und Kontaktdaten finden sich unter www.dietonne.ch. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch